

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

einem Haushalt, der ein Defizit von ca. 29 Mio. Euro aufweist, darf man eigentlich die Zustimmung nicht geben. Die Gründe für eine Ablehnung liegen so offensichtlich auf der Hand, dass man auf eine detaillierte Begründung verzichten kann. Gibt man ihm dennoch die Zustimmung, dann muss man gute Gründe ins Feld führen. Welche also könnten dies sein?

Die kommunale Ebene steht unter einem enormen Finanzdruck. Die Gründe dafür sind mannigfaltig:

Die stetige Zuweisung von neuen Aufgaben in der Vergangenheit ohne die ausreichende Finanzierung,

die geradezu explosionsartige Entwicklung der Kosten, für die die Kommune gerade zu stehen hat, denken wir etwa an die Sozialleistungen im Bereich des SGB II

oder im Bereich der Altenpflege

oder im Bereich des Kindeswohls, etwa Leistungen nach dem KJHG.

Dies und noch einiges mehr lassen nicht nur die Spitzenverbände der Kommunen nach einem finanziellen Ausgleich rufen. Das Thema ist nunmehr auf Landes- wie auf Bundesebene angekommen, wenn auch noch nicht mit einem belastbaren Vorschlag zurück in den Kommunen. Für Viersen heißt das übersetzt, dass ohne eine grundlegende Veränderung der Finanzbeziehungen in unserem Land ein Haushaltsgleich unmöglich erscheint. Gleichzeitig warne ich jedoch davor, in diesem Bereich die Hoffnungen all zu hoch zu schrauben. Man konnte in der Haushaltsrede unseres Kämmers ja fast den Eindruck gewinnen, er sei vom Saulus zum Paulus gewandelt worden. Solche Hoffnungen hat er in die damals noch recht neue Landesregierung gesetzt. Herr Corsten, Sie sind länger in diesem Geschäft tätig als ich es bin, aber zwei Grundeinsichten haben sich hoffentlich auch schon bis zu Ihnen herumgesprochen.

- 1.) Egal welcher Farbe eine Landesregierung zugehörte in den letzten 40 bis 50 Jahren, Geld zuviel haben wir aus dieser Richtung noch nie bekommen, schon gar nicht ausreichend Geld.
- 2.) Jeder Kommunalpolitiker ist gut beraten, großen Ankündigungen aus Berlin und Düsseldorf mit einer gesunden Portion Skepsis zu begegnen. Glauben Sie denn etwa, diese Landesregierung würde sich aus der Tatsache herauslösen können, dass die sie tragenden Kräfte an einer Stelle im Land sitzen, die weit weg ist vom Niederrhein? Hier müssen jetzt die Preise bezahlt werden. Sie haben ja neulich im kleinen Kreise selbst gesagt, dass Ihre Hoffnungen leider schon wieder weitgehend zerstoßen sind.

Die Ergebnisse der jüngsten Landtagsdebatte zum Thema Kommunalfinanzen zeigen, das was wir hier zu erwarten haben ist nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Wenn Sie nun auch selbst von Ihrem Euphorietripp Richtung Düsseldorf zurückgekehrt sind, dürfen wir Viersener dann hoffen, dass Sie wieder zu einer konstruktiven Haushaltspolitik zurückkehren? Denn die ist nötig, mögen zwar viele Fehlentwicklungen fremdverschuldet sein, dies entbindet uns aber nicht von der Pflicht, das eigene Haus zu bestellen.

Für uns war in diesen Beratungen dabei zweierlei klar:

1. Zusätzlich zu verteilen gibt es nichts
2. Kosmetische Veränderungen im Kleinbereich retten den Haushalt nicht.

Zum ersten Mal seit langem haben wir daher in nahezu allen Ausschüssen von Veränderungsanträgen abgesehen. Für uns war angesichts der Dimension unseres Defizites hingegen eines wichtig:

Wir müssen uns angesichts der finanziellen Schieflage die Frage stellen, was kann und will diese Stadt in Zukunft noch machen und sich leisten. Und in welcher Dimension wollen wir das tun. Eine solch fundamentale Frage beantwortet man aber nicht in acht Wochen Haushaltsberatungen, dazu brauchen wir mehr Zeit. Und wir brauchen eine Diskussionsbereitschaft auf Seiten der Politik **und** der Verwaltung. Viele der hier im Detail zu beantwortenden Fragen sind schon gestellt. Ich erinnere an die nach den Haushaltsberatungen der Vorjahre unbeantwortet gebliebenen Fragen, etwa die des Personalbewirtschaftungskonzeptes oder dem nach dem vom Bürgermeister angerissenen Stadtprogramm für die Zukunft unserer Stadt. Es wird Zeit, diese Fragen ernsthaft zu diskutieren und aus dem Zustand reines Politikmarketings herauszuholen. Deshalb haben wir gemeinsam mit den Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und FDP im Haupt- und Finanzausschuss den Antrag gestellt, dies jetzt zu tun.

Wir sind der festen Überzeugung, dass am Ende eines solchen Diskussionsprozesses die Struktur dessen, was wir als Stadt tun und wie wir es tun anders aussehen wird, als sie es heute tut. In Folge dessen, und ich sage dies bewusst in dieser Reihenfolge, wird auch die Verwaltung selbst anders aussehen. Die schriftlich uns zugegangene Stellungnahme der Verwaltung lässt zumindest auf dieser Seite die Absicht erkennen, an diesem Prozess der Diskussion und Umgestaltung mitzuwirken und unserem Wunsch zu entsprechen. Darüber bin ich sehr froh. Dies ist keineswegs bereits die Lösung unserer Haushaltsprobleme. Keine Angst, ich sage jetzt nicht, dass wir alle in diesem Prozess liebgewonnene Positionen räumen müssen. Aber ich sage an dieser Stelle sehr bewusst, wenn es uns nicht gelingt aus dieser Diskussion mehr herauszuholen, wie dies in der Haushaltsdiskussion des Kreises gelungen ist, dann brauchen wir uns nicht auf diesen Weg zu machen. Unsere Probleme sind schwerer und tiefer, unsere Lösungen können nicht in Umschichtung und Verschiebung bestehen. Aus diesem Grunde bin ich auch der Meinung, dass wir ohne externe Beratung und Begleitung diesen Prozess nicht meistern werden. Ich weiß, in einer Zeit, in der das Geld nicht nur knapp ist, ist jeder Cent, den man zusätzlich ausgibt, schwierig zu rechtfertigen. Aber wir haben einen Weg vor uns, den wir in dieser Art bisher noch nicht gegangen sind, und da schaue ich gerne auch mal über den Tellerrand und nehme den Rat von Fachleuten an. Und vielleicht ist es, auch nach den Erfahrungen, die wir bisher mit dem Einholen externen Sachverständes gemacht haben, gut zusätzliches Wissen zu engagieren und auch mit in die Umsetzung der gemachten Empfehlungen einzubinden.

Auf dieser Basis werden wir als CDU Fraktion diesem Haushalt zustimmen, weil er für uns der Weg ist, Zeit zu gewinnen für die Diskussion, die zu grundlegenden Neuorientierungen führen muss. Nur in dieser Kombination ist dieser Haushalt für uns zustimmungsfähig.